

Presse-Erklärung der A2B zu der Antwort der Landesregierung auf GRÜNEN-Anfrage

## **Hängepartie beim geforderten Standortvergleich**

### **Niedersächsische Landesregierung sieht das BMUV am Zug**

Die jetzt bekannt gewordene Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Miriam Staudte und Marie Kollenrott (GRÜNE) bestätigt die Auffassung der A2B: Die schon über ein halbes Jahr andauernde Hängepartie beim ursprünglich vereinbarten Zwischenlagerstandort-vergleich auch mit assefernen Standorten kann nur durch die Initiative des BMUV beendet werden. Wörtlich heißt es: „Aus Sicht der Landesregierung ist aus den bisherigen Ergebnissen des hierzu geführten Beleuchtungsprozesses die Standortfrage seitens des Bundes nochmals vorbehaltlos und ergebnisoffen auf den Prüfstand zu stellen.“ Und weiter: „Das MU sieht hier den Bund in der Verantwortung und hat dies gegenüber der neuen Bundesumweltministerin Steffi Lemke in einem Schreiben vom 6. März 2022 deutlich gemacht.“

Bei dem Treffen zur Auswertung des Beleuchtungsberichts am 07.11.21 hatte Umweltminister Lies erklärt, dass die Region ein Anrecht auf einen fairen Standortvergleich auch mit assefernen Standorten habe. Das BMUV und die BGE haben bis heute – trotz mehrfacher Erinnerungen - noch nicht einmal eine schriftliche Stellungnahme zu dem Beleuchtungsbericht verfasst. Landrätin Christiana Steinbrügge (Sprecherin KV) und Claus Schröder (Sprecher ZGV) erklären dazu: „Die Antwort der Landesregierung sollte ein Anstoß für das BMUV sein, jetzt endlich tätig zu werden und die Blockade aufzulösen. Die Situation in der ASSE mahnt zu schnellem Handeln.“